

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditoren...

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, bei H. Schick, Hoflieferant, bei G. Serber u. Breiterstr.-Ede, bei W. Kisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Verantwortlich für den Inseratenteil: J. Klugkist in Posen. Fernsprecher: Nr. 102.

Nr. 840

Donnerstag, 30. November.

1893

Die Posener Zeitung erscheint wochentlich drei Mal, an den Sonntagen und Feiertagen...

Inserate, die sechs-spaltige Zeitspalten oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher...

Deutscher Reichstag.

8. Sitzung vom 29. November, 1 Uhr. (Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkt Präsident v. Seckow: Das Haus war gestern schmerzlich berührt und tief entrückt über den Versuch eines Attentats auf den Herrn Reichskanzler...

Der Antrag Auer auf Einstellung des gegen den Abg. Bueh (S. D.) schwebenden Strafverfahrens wird angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der ersten Staatsberatung. Abg. Müller (nl.): Als ich gestern den Abg. Richter hörte, glaubte ich mich verfehrt zu haben, weil ich von einem so berühmten Kenner des Staats eine solche Beweisführung nicht vermuthete...

Der Antrag Auer auf Einstellung des gegen den Abg. Bueh (S. D.) schwebenden Strafverfahrens wird angenommen. Es folgt die Fortsetzung der ersten Staatsberatung. Abg. Müller (nl.): Als ich gestern den Abg. Richter hörte, glaubte ich mich verfehrt zu haben, weil ich von einem so berühmten Kenner des Staats eine solche Beweisführung nicht vermuthete...

Abg. Kaufmann (V.): In der Thronrede wird uns mitgeteilt, daß unsere Freundschaft mit den auswärtigen Staaten fortdauert. Aber die Spannung, welche auf den wirtschaftlichen Verhältnissen Europas lastet, hat sich nicht vermindert...

liegt in Audienz. Es liegt in der Absicht der Regierung, auch das weite Hinterland unserer Kolonien militärisch zu besetzen, das ist ein Wechsel auf hunderte von Millionen, und diese Frage wird darum in der Kommission eingehend geprüft werden müssen. Auch die Reichslandpolitik der Regierung erregt Bedenken. Warum hat die Regierung zuerst den Vizepräsidenten Fechter so warm verteidigt, während sie ihn später hat fallen lassen? In der Thronrede war von der warmen Aufnahme des Kaisers auf seinen Reisen die Rede. Das bezieht sich auch auf Elsaß-Lothringen. Wenn die Bewohner Elsaß-Lothringens den Kaiser mit so viel Sympathie begrüßt haben, so ist um so weniger Grund vorhanden, ihnen einen Theil der Rechte, den alle anderen Deutschen genießen, zu entziehen...

langen Abstriche im Etat; was noch fehlt, kann durch Aufhebung der Steuerprivilegien aufgebracht werden, und wenn das nicht ausreicht, würden wir lieber auf die Matricularbeiträge zurückgreifen, denn da haben wir die Garantie, daß die Steuern zum großen Theile im Wege der direkten Besteuerung aufgebracht werden, da dabel doch mehr die Wohlhabenden getroffen werden. Das glauben wir den Verprechungen schuldig zu sein, die beim Wahlkampf nicht wir, sondern die Regierungen und unsere Gegner gemacht haben, wir wollen keine Enttäuschung im Lande durch die Nichterfüllung der Zusagen im „Reichsanzeiger“ hervorrufen. Die Regierungen trifft der Tadel, daß sie sich die Dinge nicht vorher überlegt haben. Sie waren verpflichtet, sich den Kopf des preussischen Finanzministers schon im vorigen Jahre zu zerbrechen, um für die Mittel der Deckung zu sorgen. Solche Verprechungen, die nachher nicht erfüllt werden, zu machen, ist nicht staatsmännisch. Das erschüttert das Vertrauen zur Regierung in weiten Kreisen. Die Politik der letzten Jahre hat geradezu tröstlose Resultate zeitigt. Das Parteiwesen Deutschlands ist zertrümmert wie noch niemals, die schöpferische Kraft des Parlaments ist zwei Jahre allein durch die Militärvorlage der Regierung absorbiert worden. Was gewährt es für ein Schauspiel, wenn man die Gagner der Handelsverträge auf der rechten Seite mit Sammelhandschuben anfaßt. Das Volk ist verdrösset wie noch niemals, und das Kopfschütteln ist eine nationale Beschäftigung geworden. Die Regierungen müssen dafür sorgen, daß sie wieder ein zufriedenes Volk schaffen. (Beifall links.)

Generallieutenant v. Spitz: Der Vorredner hat das Auftreten des Kriegsministers als ein solches bezeichnet, wie es noch nie dagewesen sei. Es ist hier ein schwerer Vorwurf gegen das Offiziercorps erhoben worden, der Vorwurf, daß man zweifelhaft sein könne, ob die Offiziere ihren Aufgaben gewachsen seien. Das preussische und deutsche Offiziercorps hat vor anderen Gerichten gestanden, als vor dem eines Parteimannes. Die Geschichte hat diesem Offiziercorps ein gutes Zeugnis ausgestellt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Jena!) Wenn daher der Kriegsminister als Vertreter der Armee eine so ungläubliche Beleidigung zurückweist, dann hat er nur seine Stellung wahrgenommen. (Beifall rechts.) (Abg. Bebel: Wir sprechen uns noch!)

Reichskassirer Graf v. Potadowski: Ich erbehe Widerspruch gegen den Vorwurf, die Regierungen hätten ihr Versprechen nicht gehalten. Die Regierungen haben bei Gelegenheit der Beratung der Militärvorlage nur erklärt, wenn die von ihnen eingebrachten Steuern genehmigt würden, würden sie keine Tabakfabriksteuer einführen. Da das nicht geschehen ist, haben wir auf die Tabakfabriksteuer zurückgreifen müssen. Deshalb darf man uns nicht den Vorwurf der Unvollständigkeit machen.

Preussischer Finanzminister Dr. Miquel: Der Vorredner scheint noch nicht genügend klar zu sein darüber, was die Finanzreform eigentlich bedeutet. (Heiterkeit rechts.) Er verwechselt das Reformgesetz, welches die Nothwendigkeit aus der Welt schaffen will, auf die Finanzen der Einzelstaaten zurückzugreifen, mit dem württembergischen Institut der Restverwaltung. Das ist vollständig genug, um den Wunsch daran zu knüpfen, daß der Vorredner sich mit diesen Fragen noch eingehender beschäftigt. (Heiterkeit rechts.) Wie will der Vorredner seine Ausführung, man könne schließlich auf die Matricularbeiträge zurückgreifen, mit der Geschichte seiner Partei, die stets den Föderalismus vertreten hat, vereinigen? Verschiedene Redner haben anerkannt, daß die Kosten der Militärvorlage gedeckt werden müßten, selbst Herr Bebel, nur der Abgeordnete Richter meinte, die bestehenden Einnahmen genügen noch zur Deckung der neuen Ausgaben. Der Abgeordnete Richter ist ja einer der tüchtigsten Manipulatoren mit Zahlen. (Heiterkeit rechts.) Sein Vorgehen ist in diesem Falle klar. Als die Ausgaben vom Reich gefordert wurden stellte Abgeordneter Richter die Einnahmen als sehr gering und schwach dar, jetzt, wo es sich um die Deckung der Kosten handelt, steht mit einem Male der Born der Einnahmen unversteigert. (Abgeordneter Richter: Sie machen es umgekehrt!) Von den Herren, die hier verschiedene andere Projekte vorgebracht haben, würde ich mich sehr gerne belehren lassen, wenn sie Vorschläge machten, die besser und leichter durchzuführen wären als die unrigen. Ich fürchte nur, daß sie vor der harten Nothwendigkeit nicht bestehen würden. Wenn Sie eine andere Konstruktion der Weinsteuern vorschlagen, so würde mir Ihre Unterstützung recht angenehm sein, selbst auf die Gefahr hin, daß dadurch die Kontrolle noch schwieriger und verwidelter würde. Der Abg. Kaufmann hat keine positiven Vorschläge gemacht, sondern, was ja sehr leicht ist, auf die Liebesgabe und die Matricularumlagen hingewiesen. Der Abg. Richter meinte bei seinen Angriffen auf die Duntungssteuer, daß England keine Salzsteuer und keine Petroleumsteuer erhebt, aber er hat nicht gesagt, daß es im Verhältnis zu den direkten Steuern weit mehr indirekte Steuern erhebt als Deutschland. Das Verhältnis der direkten Steuern würde sich nach Durchführung der neuen Steuervorlagen, einschließlich der indirekten Steuern der Einzelstaaten bei uns verhalten wie 27 : 73, in England ist das Verhältnis wie 19.67 : 80.13, in Frankreich wie 18 : 81. In Spanien und Portugal sieht die Sache noch schlimmer, und selbst in den Niederlanden ist das Verhältnis 27 : 72. Bedenken Sie weiter, daß die gesammten Kommunalsteuern in Deutschland auf direkten Steuern beruhen (Abg. Richter: in England auch), und in Frankreich auf der Ueche. In England freilich ist es ähnlich wie in Preußen, aber dafür ist dort das Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern überhaupt ein erheblich ungünstigeres als in Deutschland. Der Abg. Bebel schlägt nicht nur eine Reichseinkommensteuer vor, welche ja augenblicklich praktisch nicht durchführbar ist, sondern er will sie sogar mit einer Vermögens- und Erbschaftsteuer verquiden. Die Vermögenssteuer ist noch unmöglicher als die Reichseinkommensteuer, weil in einem großen Theil Deutschlands das ganze innere Steuerhystem auf den Realsteuern beruht, und Sie können doch nicht eine Bruttobesteuerung der Objekte eintreten lassen und zugleich eine Nettobesteuerung. Gerade deswegen haben wir in Preußen bei Einführung der Vermögenssteuer lediglich zu dem Zweck, um das fundirte Einkommen stärker heranzuziehen, als das Arbeitseinkommen, vorher die Realsteuern als Staatssteuern aufheben müssen. Die Erbschaftsteuer ist insofern beachtenswerth, als sie den Charakter einer Besteuerung des fun-





